

Deutscher Bundestag - Ausschuss für Inneres und Heimat

Öffentliche Anhörung am Montag, den 4. Juli 2022

## Stellungnahme zum Thema "Ein Jahr nach der Flutkatastrophe - Ausblick auf die Zukunft des Bevölkerungsschutzes"

*Prof. Dr. Martin Voss, Katastrophenforschungsstelle (KFS), FU Berlin; Berlin 03.07.2022*

### Einleitung

*„Unsere gegenwärtige Situation ist so verwickelt und so sehr Ergebnis vielfältiger menschlicher Bestrebungen, daß keine Kombination rein technischer, wirtschaftlicher oder gesetzlicher Maßnahmen eine wesentliche Besserung bewirken kann. Ganz neue Vorgehensweisen sind erforderlich (...). Sie erfordern ein außergewöhnliches Maß von Verständnis, Vorstellungskraft und politischem und moralischem Mut.“* (Meadows et al. 1972, S. 172–173, „Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“)

Seit dem Bericht des „Club of Rome“ aus dem Jahr 1972 sind fünf Jahrzehnte vergangen und so sind wir heute bereits mit gravierenden Folgen des „Nicht-Handeln obwohl wir wissen“ konfrontiert. Was bedeutet das für den Bevölkerungsschutz der Zukunft?

Ich werde im Folgenden fünf Punkte erörtern:

- Ich beginne mit einem Szenario für die nächsten Wochen und Monate, um so auf den grundlegenden qualitativen Wandel der Risiken und Gefahren zu sprechen zu kommen, die den Schutz der Bevölkerung herausfordern und einen Wandel der Einstellungen aller Akteure erforderlich machen.
- Sodann werde ich aus einer Vogelperspektive einen Blick auf das werfen, was seit dem Hochwasser 2021 (nicht) geschehen ist.
- Drittens werde ich erörtern, warum das, was hier als Bevölkerungsschutz adressiert wird, aus meiner Sicht nur ein Teil des tatsächlichen Bevölkerungsschutzes ist und es eines ganzheitlichen Verständnisses bedarf.
- Viertens argumentiere ich für Resilienz als Schutzziel um schließlich
- fünftens exemplarisch zu skizzieren, wie der Bevölkerungsschutz aus festgefahrenen Routinen und Interessenskonstellationen befreit und zu einem selbstlernenden Prozess geöffnet werden kann.

### 1. Über die Zukunft, die schon Gegenwart ist

Wenn es in den nächsten Wochen oder Monaten zu einem vollständigen Gaslieferstopp aus Russland kommt, wird dies weitreichende Auswirkungen auf die deutsche Gesellschaft und ihre Wirtschaft haben. Bei ohnehin schon gravierender Inflation und beginnender Preis-Lohn-Spirale in Folge der Geldpolitik der letzten fünfzehn Jahre (Pandemie und Ukraine-Krieg verstärken diesen Effekt lediglich) werden Kaskadeneffekte wahrscheinlicher, wie etwa ein Crash am Immobilienmarkt, weiter

rückläufige Börsenkurse und eine neue Europäische Schuldenkrise, vielleicht geraten große Versicherer ins Wanken. Zugleich wird aber auch die Gesellschaft insgesamt vulnerabler, störanfälliger für Manipulationen der öffentlichen Meinung, sensibler für einander immer schneller überlagernde Krisen- und Katastrophenmeldungen, frustrierter über eine Pandemie, die einfach nicht enden will, verzweifelter, weil vielen die ökonomischen Existenzgrundlagen schwinden und die letzten Auffangnetze wie bspw. die Tafeln dem Druck nicht mehr standhalten können. Es droht eine Erosion des immer noch hohen Vertrauens in die Institutionen, das in offenen, demokratischen Gesellschaften Grundlage allen kohäsiven Handelns ist.

Man imaginiere – es ist gewiss nicht weit hergeholt, siehe Landkreis Anhalt-Bitterfeld – dazu im November einen schweren Cyberangriff auf Strom- und Gasversorger, Logistikunternehmen sowie auf öffentliche Verwaltungen, in dessen Folge zahlreiche Kommunen vom Netz gehen müssen und zugleich die Stabilität der Europäischen Stromnetze ins Wanken gerät und ein flächendeckender Stromausfall wahrscheinlich wird. Es braucht dann kein Herbsthochwasser und keinen Wintersturm und vor allem keinen wirklichen „Schwarzen Schwan“ mehr, um sämtliche Akteure (ich denke insbesondere an das Ehrenamt, aber auch die MitarbeiterInnen in den kommunalen und Bundesbehörden und Verwaltungen) in einer Lage, die nochmals ein neues Komplexitätsniveau erreicht, weit über die – bereits chronisch überschrittenen – Grenzen der Belastbarkeit hinaustreiben. Aber während wir hierzulande ächzen, werden andere (nicht nur Russland oder China, sondern auch Populisten in anderen Ländern Europas wie auch bei uns) eben diese Situation zu ihren Gunsten zu nutzen versuchen.

Das ist der Rahmen, in den hinein wir den Bevölkerungsschutz der Zukunft *unter hohem Zeitdruck* denken sollten, das ist der Rahmen, vor dem zu fragen ist, ob die bestehenden Einrichtungen, Behörden, Verwaltungen, Ausrüstungen, Materialien, Strukturen und Zuständigkeiten dem gewachsen sind, was greifbar auf uns zukommt – bzw. schon Gegenwart ist! Und um auf diese Fragen adäquate Antworten zu finden, müssen wir, so meine ich, zuvorderst an Einstellungen arbeiten, genauer: Den Blick weiten.

## **2. Der Blick zurück – Eine Jahr nach der Flutkatastrophe**

Ein Jahr nach der Flutkatastrophe diskutiert dieser Ausschuss die Zukunft des Bevölkerungsschutzes. An der Katastrophenforschungsstelle (KFS) an der FU Berlin befassen wir uns seit vielen Jahren mit der immer größeren Belastung, der der Bevölkerungsschutz (im Grunde muss man hier sagen: der Katastrophenschutz) in Deutschland ausgesetzt ist und in mehreren Forschungsprojekten arbeiten wir auch zur Flutkatastrophe 2021, so zur Evakuierung des Krankenhauses in Eschweiler, zur Hochwasser Warnung im Projekt Wexicom oder zu Krisenkommunikations- und zu Governance-Prozessen im Projekt HoWas21 und natürlich versuchen wir, einen Überblick zu behalten über die zahlreichen Forschungsprojekte und politischen Prozesse, die auf allen Ebenen angelaufen sind.

Meine Wahrnehmung ist angesichts dieser Vielzahl an Aktivitäten lückenhaft, das sei vorausgeschickt, auch maße ich mir selbstverständlich nicht an, als Sozialwissenschaftler inhaltlich zu beurteilen, was etwa HydrologInnen und Modellierer tun. Ich kann nur einen Eindruck aus der Vogelperspektive schildern und diesen in die Diskussion einbringen. Was ich daraus an Erkenntnissen bislang mitnehme, lässt mich eher nüchtern auf die Zukunft des Bevölkerungsschutzes schauen, so wie er hier gedacht wird. In erster Linie sehe ich ein Weiter-so: Mehr und genauere

Hochwasserrisikokarten, mehr und genauere hydrologische Modellierungen, mehr Gremien, mehr Bestätigung dafür, dass Kommunikation und Warnung nicht gut funktioniert haben und dass es Koordinationsschwierigkeiten gab. Nichts von diesem Mehr ist an sich schlecht, vielmehr ist es wichtig, sofern – es dabei nicht bleibt. Aber es wird sich, so meine pessimistische Einschätzung, daraus kein wirklicher Druck auf die m.E. erforderlichen grundlegenden Veränderungen ergeben, weil die ursächlichen soziokulturellen Faktoren dabei weiterhin als vermeintliche Randfaktoren weitgehend ausgeklammert werden, während sie die eigentliche Grundlage der allermeisten Probleme bilden. Insofern werden die vielen Lösungsvorschläge, die sich auch nach diesem Ereignissen in den vielen Berichten mit dem Titel „Lessons learned“ vornehmlich in Schubladen wiederfinden, auf dass die beim nächsten Ereignis als ergiebige Blaupausen dienen können.

Der Wiederaufbau von Warninfrastrukturen wird von kommunalen Widerständen und Kostenübernahmediskussionen oder schlicht mangelndem Interesse ausgebremst. Die Idee eines nachhaltigen, resilienten Wiederaufbaus an Erft und Ahr, zu der das BMBF den Forschungsverbund KAHR<sup>1</sup> fördert, scheint schon ein Jahr nach der Katastrophe kaum mehr Thema zu sein für die meisten Akteure, wie eine DELPHI-Befragung unter Leitung von Prof. Dr. Annegret Thieken im Rahmen der vom Deutschen Klimakonsortium (DKK) initiierten Starkregen-Initiative<sup>2</sup> andeutet. Änderungen an föderalen Zuständigkeiten zum Beispiel zugunsten einer bundesweiten „Vereinheitlichung von Organisationsstrukturen, Fachtermini, Regelwerken, Erfassungs- und Zählweisen“ (Gusy 2021) oder einer Meldepflicht der für den Zivil- und Katastrophenschutz vorgehaltenen Ressourcen und Personale werden nicht diskutiert. Ein der Idee nach wichtiges Gemeinsames Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) vernebelt zugleich den Blick dafür, dass es darüber hinaus einer ganz anderen Qualität und ganz neuer Antworten bedürfte, um einen kulturellen Wandel nicht nur bei den dorthin Entsandten zu initiieren. Auf Länder- und sogar kommunaler Ebene neu eingerichtete *behördliche* Kompetenzzentren sind ein ebenso wichtiger Schritt, aber auch dieser wird meist nur unter der Bedingung gegangen, dass es nichts kostet, also werden auch keine zusätzlichen Ressourcen geschaffen.

In der Konsequenz geht bei den bisher zu beobachtenden Maßnahmen Zeit verloren, bis in der nächsten, noch komplexeren Lage wieder dieselben Prozesse anlaufen (man lese etwa den Bericht des DKKV zum Hochwasser 2002 (sic!), DKKV 2003a, 2003b). **Ich sehe hier noch keine gravierend neuen Weichenstellungen als Indiz dafür, dass die seit vielen Jahren sich gänzlich verändernde Lage schon adäquat gesehen wird.** Ich sehe nicht, wie sich daraus der Kulturwandel, der Wandel der Einstellungen, des Bewusstseins oder des „Mindsets“, wie auch immer man das bezeichnen will, ergeben sollte, den es auf allen Ebenen bräuchte. Es ist nicht primär eine Frage der technischen Übermittlung einer Information und auch nicht verbesserter Pegelmessverfahren, sondern eine Frage eben dieser Einstellungen, ob die entscheidenden Akteure in einer komplexen stets in ihrer Konkretion singulären Lage begreifen, was sich vor ihren Augen entwickelt, aber eben in keinerlei Schemata passt. Es ist zugleich auch eine gesamtgesellschaftliche Frage, ob eben diese Gesellschaft bereit ist, für einen besseren Schutz sehr viel mehr zu tun.

---

<sup>1</sup> <https://www.hochwasser-kahr.de/index.php/de/>

<sup>2</sup> <https://www.deutsches-klima-konsortium.de/de/starkregen-initiative.html>

### 3. Schutz der Bevölkerung als Doppelstruktur

Wir haben es mit einer sich seit vielen Jahren gegenüber zurückliegenden Jahrzehnten vollkommen veränderten Bedrohungslage zu tun – ich denke dabei nicht nur an Hochwasser, Pandemie und Krieg, sondern auch an Geflüchtete, Hitze und Dürre, asymmetrisch geführte Cyber- und Wirtschaftskriege unter strategischer Ausnutzung von über Jahrzehnte aufgebauten Abhängigkeiten bei IT und Lieferketten bis hin zu den unabsehbaren Folgen des Verlustes von Biodiversität oder eben der Erosion des solidarischen Grundvertrauens in eine Gesellschaft und ihre Institutionen.

Dem Namen nach differenziert der Bevölkerungsschutz nicht danach, ob die Gefahr von einem Starkregenereignis ausgeht oder sich aus dem Zusammenwirken vielfältiger, auf menschliches Handeln zurückgehende, sich systemisch überlagernden Einflüssen ergibt. Bevölkerungsschutz verspricht – und dieses Versprechen ist grundgesetzlich verankert (hierzu Eller, PDF) – den *Schutz* der Bevölkerung. Nirgends steht definiert, dass das sich immer krasser offenbarende (seit vielen Jahren sich abzeichnende, seit Jahrzehnten prognostizierte (siehe etwa nochmals Meadows et al. 1972 oder Beck 1986) komplexe Gefahrenspektrum oberhalb von Naturgefahren, Feuern und Explosionen nicht Gegenstand des Bevölkerungsschutzes sei. Dennoch wird nur das konkret Greifbare, aus der Vergangenheit einigermaßen gut Bekannte überhaupt in die Überlegungen zur Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes einbezogen. Für alles andere gibt es keinen Bevölkerungsschutz und das, so meine ich, muss – sofern der Staat diesen Schutz eben nicht gewährleisten kann – der Bevölkerung in einer offenen Demokratie gesagt werden, damit sie – als Demos – in die Lage versetzt wird, diese Lücke zu beurteilen und von den von ihr Gewählten Maßnahmen einzufordern, sofern sie das für notwendig erachtet, oder aber das Eingehen von Risiken unterbinden kann, die vom gesellschaftlichen Handeln selbst ausgehen.

Wenn ich gerade sagte, dass es für alles andere keinen Bevölkerungsschutz gibt, dann stimmt das so nicht, ohne dass ich es präzisiere, denn gemeint ist: keinen *institutionellen* Bevölkerungsschutz. Tatsächlich gibt es einen Schutz der Bevölkerung, der weit über dieses enge institutionelle Verständnis hinausgeht, nämlich Schutz in Form all dessen, was eine Gesellschaft tagtäglich leistet, um sich und die eigene Zukunft zu schützen. Der *institutionelle* Bevölkerungsschutz setzt komplementär auf diesen *gesamtgesellschaftlichen* Bevölkerungsschutzstrukturen auf. Je stärker diese den institutionellen Teil tragenden Strukturen sind, umso weniger wird ihm selbst abverlangt. Je schwächer diese gesamtgesellschaftlichen Komplementärstrukturen werden, umso größer die Last für den institutionellen Bevölkerungsschutz.

Der *institutionelle* Bevölkerungsschutz im Sinne des ZSKG ist nicht das, was er zu sein vorgibt, nämlich Schutz der Bevölkerung. Und er kann das auch nicht sein. Der Bevölkerungsschutz, das ist lediglich ein formeller und institutionalisierter Rahmen, der ergänzend und unterstützend Leistungen organisiert und Kapazitäten zur Hilfe im Verteidigungsfall sowie im Falle von Katastrophen bereitstellt, soweit diese Kapazitäten eben reichen. Aber Schutz leistet er gerade nicht. Schutz wird in unserer Gesellschaft an ganz vielen unterschiedlichen Orten generiert, aber eben gerade nicht vom nachsorgend ausgerichteten institutionellen Bevölkerungsschutz. Es ist meines Erachtens dies zunächst so zu sehen, dass der Bevölkerungsschutz (nur) einen Teil eines komplexen gesellschaftlichen Arrangements bildet. Er setzt auf Strukturen auf, innerhalb derer Risiken generiert, aber auch bewertet und reduziert werden – generiert bspw. durch neue Technologien und Abhängigkeiten, bewertet bspw., durch kleinste Unternehmen bis zu internationalen Playern, reduziert durch alle, die die Folgen ihres Handelns bedenken aber auch durch strukturelle Faktoren,

wie bspw. eine soziale Absicherung, die es überhaupt erst ermöglicht, auf die nächsten Tage und Wochen vorauszublicken.

Der Bevölkerungsschutz der Zukunft muss einer sein, der *beide* Seiten integriert (siehe in diesem Sinne zum integrierten systemischen Risikomanagement ausführlicher (Voss 2022a)), die des institutionalisierten und die des alltäglichen, von der Gesellschaft insgesamt geleisteten Schutzes der Bevölkerung. Diese beiden Seiten bedingen einander, wenn man stets nur auf den institutionellen Teil schaut, gleicht das dem Kampf des Don Quixote. Es ist zu verstehen, was eigentlich eine (an sich vulnerable, in einer stets fragilen Ordnung zusammenlebende) Gesellschaft insgesamt resilient und was sie verletzlich macht, nicht nur einzelne Gruppen, sondern als Ganzes. Wo liegen bspw. Kippunkte, von denen an der soziale Zusammenhalt oder das Vertrauen in Institutionen als zentrale Ressourcen für gesellschaftliche Resilienz erodieren? Wir sehen derzeit mit bangem Blick über den großen Teich und müssen uns fragen, wie stabil eigentlich die demokratischen Grundlagen sind, ohne die unser institutionalisierter Bevölkerungsschutz in sich zusammenfallen würde. Einen solchen gesamtgesellschaftlichen integrierten Rahmenansatz gibt es bislang nicht. Im 21. Jh. stehen aber sämtliche Methoden und Verfahren zur Verfügung, derer es dafür bedarf, sofern man denn verstehen *will*.

#### 4. Schutzziel: Resilienz

Noch immer, obwohl bereits so viel um uns herum geschieht, fehlt es an der Bereitschaft, für den Schutz der Bevölkerung Resilienz als Richtmaß allen Handelns zu setzen. Wer dies tut, gelangt zu grundlegend anderen Entscheidungen. Ein Corona-Rat zur Bewältigung einer hunderte Milliarden Euro und vor allem zahllosen Menschen Lebensqualität kostenden Pandemie ehrenamtlich zu besetzen, ist mir Indiz für eine die Situation irrational bewertende Grundhaltung. Dass der Rat selbst nur beklagen kann, dass ihm jegliche Mittel fehlen, um an für die eigene Arbeit grundlegende Daten zu gelangen, sollte dies unterstreichen; dass derjenige mit dem größten symbolischen Kapital diesen Rat verlässt, weil er meint, unter diesen Arbeitsbedingungen könnten keine guten Ergebnisse erzielt werden, sollte ein deutliches Signal sein. Wäre nicht betriebswirtschaftliches Denken, sondern ein Bewusstsein für die Qualität der Herausforderungen und letztlich Resilienz das Maß, an dem im Kontext des Schutzes der Bevölkerung alles auszurichten wäre, würde man fragen, was es bräuchte und wie dies optimal gestaltet werden kann, um das für das Management einer sich komplex, dynamisch und reflexiv entwickelnden, die Bevölkerung gefährdenden Krise erforderliche Wissen und Know-how in Echtzeit zu generieren, um dann zu sehen, dass – egal was dies am Ende kostet – der Nutzen die Kosten stets vollkommen vernachlässigbar machen wird (ob das tatsächlich sichtbar wird muss allerdings in Frage gestellt werden, weil ja aufgrund guter Arbeit Schaden nicht entsteht und somit auch nicht gesehen werden kann, wie sehr sich die Investition tatsächlich gelohnt hat – das bekannte Präventionsparadoxon).

In zahlreichen Interviews mit Einsatzkräften, Verwaltungsmitarbeitenden des Bevölkerungsschutzes oder Vertreter\*innen des Hochwasserschutzes wurde deutlich, dass es in der Flutkatastrophe 21 durchaus Warnungen gab, dass man sich vorbereitete, dass Informationen vorlagen, dass Ressourcen vorhanden waren (z.T. sogar im Überfluss wie die Diskussionen um den Bereitstellungsräum am Nürburgring eindrücklich zeigen). Was fehlte waren v.a. *personelle Kapazitäten*, die in der Lage dazu befähigt hätten, die vorhandenen Informationen aus sehr unterschiedlichen Bereichen (Pegelwesen, Hochwasserwarnungen, Wetterwarnungen, lokale Erfahrungen zu (historischen) Hochwassern,

Verfügbarkeit von Einsatzmitteln und -werten, vulnerable Gruppen usw.) *zu einem kohärenten Ganzen zusammen zu denken* und daraus entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese Schlussfolgerungen hätten nicht nur eine Aussage darüber zulassen sollen, wo mit Wassermassen zu rechnen ist, sondern auch, wer wann wie wohin zu evakuieren ist, welche Wege und Unterkünfte dafür zur Verfügung stehen, welche Mittel man hat, wenn Menschen sich nicht evakuieren lassen wollen (oder können), welche Warnungen über welche Warnmittel abzusetzen sind oder welche Hochwasserschutzmaßnahmen in der noch vorhandenen Zeit sinnvoll noch etabliert werden können.

Bei aller Kritik ist an dieser Stelle einzuschieben, dass dies ist in vielen Landkreisen im Rahmen der vorhandenen Mittel durchaus geschehen ist wie überhaupt an den allermeisten Stellen maximal engagiert und aus bestem Wissen gehandelt wurde. In keiner Weise will ich die gewaltigen Anstrengungen der zahllosen Akteure schlechtreden, die mit den eben gegebenen Mittel und unter den gegebenen strukturellen Bedingungen daran mitgewirkt haben, dass dieses Ereignis nicht noch weit gravierender Auswirkungen hatte. Wer nach einer solchen Lage als nicht Involvierter mit dem Finger auf einzelne Akteure zeigt, der sollte sich zuvor zumindest selbst in einer solchen Verantwortungsposition befunden haben. Meine Kritik hier bleibt in diesem Sinne abstrakt allgemein und sie zielt darauf, strukturelle Schwachstellen hervorzuheben, sie bewertet nicht einzelne Handlungen.

Was es eigentlich bräuchte, ist zu wenig vorhanden, nämlich tatsächlich in der Lage verfügbare Spezialisten, aber vor allem auch GeneralistInnen, die sich umfänglich mit komplexen, vielfältig gestalteten, systemischen Risiken und ihrem Management auskennen, die sowohl über das notwendige Wissen verfügen als auch verstehen, welche Lösungen in welchen Kontexten praxistauglich funktionieren, dabei kurz-, mittel- und langfristige Neben- und Wechselwirkungen berücksichtigend und ihr Handeln an der optimalen Lagebewältigung anstatt an Partikularinteressen oder an möglichen Haftungsfragen ausrichten. So bräuchte es bspw. für eventuelles Fehlhandeln rechtlich und auch sozial abgesicherte KommunikationsgeneralistInnen, die nicht nur wissen, wie Informationen in welchen situativen (Stress-)Kontexten wie aufbereitet sein müssten, damit sie verstanden werden und zu adäquaten Handlungen führen, sondern die auch noch in der Lage sind zu berücksichtigen, welche Effekte welche Art der Kommunikation auf die weitere Lageentwicklung und das Verhalten der Beteiligten haben wird und die die jeweiligen tatsächlichen Effekte in Echtzeit evaluieren können, um sie in der weiteren Kommunikation zu berücksichtigen. Solcherart Krisenkompetenz erwächst weder aus einem Studium oder einem fachdisziplinären Forschungskontext, noch lässt sie sich an der BABZ schulen, solcher Art Kompetenz kann nur im steten Vollzeitpraktizieren im einschlägigen Arbeitsumfeld erwachsen.

## **5. Zukunft des Bevölkerungsschutzes:**

### **Ein gesamtgesellschaftlicher, sich selbst korrigierender, lernender Prozess**

Entsprechende Bedingungen sind zu schaffen. Das setzt die Bereitschaft voraus, liebgewonnene Privilegien (und damit auch Macht) abzugeben. Vermeintlich "unklare" Zuständigkeiten sind im Bevölkerungsschutz bei genauerer Betrachtung oft eher (informelle) Konflikte um Macht- und Einflussphären und damit verbundenem Ressourcenzugang oder resultieren aus Angst vor Verurteilung von Verantwortungsübernahmen im Nachgang. Diese Effekte sind in der (internationalen) Katastrophensoziologie/der Katastrophenforschung sowie in unserer eigenen



Forschung hinreichend beschrieben worden und sollte bei all diesen Überlegungen Berücksichtigung finden.

Mit einem konkreten Vorschlag (siehe auch Voss 2022b, 2021) will ich schließen und vorwegnehmen, dass es meines Erachtens nicht an Gremien fehlt, dass es keine rein wissenschaftlichen Forschungszentren braucht, die einfach nur noch mehr Partikularwissen generieren, weil es nicht vorrangig an Partikulärkompetenzen mangelt. Mir geht es nicht darum, einfach eine weitere Einrichtung zu erfinden, vielmehr suche ich nach Antworten auf die Frage, wie ein *Strukturwandel* im Feld des Bevölkerungsschutzes erreicht werden kann. Als Sozialwissenschaftler lernt man, dass *theoretisch* gute Lösungen in der Praxis funktionieren müssen, um *tatsächlich* gut zu sein. Theoretisch sind eher zu viele gute Lösungen vorhanden, die eigentliche Frage sehe ich darin, wie es gelingen kann, die Praxis zu verbessern. Und hier sehe ich die größte Herausforderung darin, etablierte Routinen und Denkweisen aufzurütteln und den Blick vom Rückspiegel auf das zu richten, was sich vor unseren Augen entwickelt. Wie können sich selbst optimierende Dynamiken initiiert werden, die den Kampf um Einflussphären zugunsten eines kooperativen Problembewältigens aufgeben? Welche Hebel können dazu beitragen, dass Partikularinteressen zugunsten eines kollektiven Interesses an einer lebenswerten Zukunft zurückgedrängt werden?

In diesem Sinne bitte ich meinen folgenden Vorschlag (siehe zu diskutieren, es soll die Richtung andeuten, in die meines Erachtens zu denken ist. Äquivalent zum Gemeinsamen Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) beim BBK könnte unter dem Dach eines „Nationalen Kompetenzzentrum Resilienz (NKR)“ der Umgang mit dem Nichtalltäglichen zum Gegenstand inter- und transdisziplinärer Forschung und Praxis gemacht werden. Im GeKoB wollen (ich zitiere hier weitgehend wörtlich aus BBK 2022<sup>3</sup>) *VertreterInnen der für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Behörden der Länder und des Bundes den Informationsaustausch intensivieren, gemeinsam Risiken bewerten und Prognosefähigkeiten aufbauen, um dann politisch-strategische Krisenstäbe in Bund und Ländern zu unterstützen und Verbesserungspotentiale sowohl in der organisationsübergreifenden Vernetzung als auch im Ressourcenmanagement erschließen. Je nach Lage sollen neben THW, BW und BuPol weitere Fachbehörden mit entsprechenden Aufgaben oder entsprechender Expertise hinzugezogen werden. Darüber hinaus können sich Hilfsorganisationen und Partner auf kommunaler Ebene, wie beispielsweise Feuerwehren, auf Grundlage individueller Vereinbarungen am GeKoB beratend beteiligen, sofern der Lenkungskreis, das strategisch-steuernde Gremium des Kompetenzzentrums, zustimmt.* Im zivilgesellschaftlichen „Nationalen Kompetenzzentrum Resilienz“ könnte komplementär ergänzend der Rahmen für ein gesamtgesellschaftliches, integriertes und systemisches Risikomanagement entwickelt werden, von WissenschaftlerInnen verschiedenster Disziplinen gemeinsam mit Akteuren aus Nichtregierungsorganisationen, Verbänden, Wirtschaft, aber auch aus Politik, Behörden und Verwaltung sowie mit VertreterInnen der Hilfsorganisationen und Feuerwehren kontinuierlich an Szenarien arbeiten, Daten zusammentragen und fehlende generieren, Forschungsstände international und national sowie Lessons-learned Studien anfertigen und auswerten und den Transfer guter Lösungen in die Praxis mit dem Blick für eine auf Nachhaltigkeit angelegte, resiliente Entwicklung begleiten.

---

<sup>3</sup> [https://www.bbk.bund.de/DE/Das-BBK/Zivilschutz/Gemeinsames-Kompetenzzentrum/gemeinsames-kompetenzzentrum\\_node.html](https://www.bbk.bund.de/DE/Das-BBK/Zivilschutz/Gemeinsames-Kompetenzzentrum/gemeinsames-kompetenzzentrum_node.html)

Entscheidend ist dabei nicht, was hier inhaltlich produziert wird, entscheidend ist, dass eine solche Doppelstruktur von GeKoB und NKR mehr wäre als die Summe zweier Teile. Eine solche Doppelstruktur würde – und das erscheint mir ganz entscheidend – einen wechselseitigen Lernprozess antreiben. Der Mehrwert läge in der *Dynamik der gegenseitigen Stimulation*. Zurzeit evaluieren sich Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bspw. selbst, ein Blick von Außen auf die Schwachstellen ist so nicht möglich, wirklicher Druck auf strukturelle Veränderungen ist damit faktisch ausgeschlossen, man wird sich immer nur so weit bewegen, wie die eigenen Kompetenzbereiche dabei nicht beschnitten werden. Somit kann aber auch keine Kritik von außen erfolgen. Die Gesellschaft ist so nicht in der Lage zu bewerten, woran es liegt, wenn die Hilfe, die sie sich erwartet, nicht kommt.

Solche Kreise sind strukturell zu durchbrechen, es sind Strukturen und Verfahren zu entwickeln, die einen sich selbst optimierenden Lernprozess in Richtung einer resilienteren Gesellschaft initiieren und vorantreiben.

## Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

DKKV (2003a): Hochwasservorsorge in Deutschland. Lernen aus der Katastrophe 2002 im Elbegebiet. Bonn: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V (Lessons learned, 29), Online verfügbar unter [https://www.dkkv.org/fileadmin/user\\_upload/Veroeffentlichungen/Publikationen/DKKV\\_29\\_Lessons\\_Learned.pdf](https://www.dkkv.org/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Publikationen/DKKV_29_Lessons_Learned.pdf) zuletzt geprüft am 03.07.2022.

DKKV (2003b): Flood risk reduction in Germany: Lessons learned from the 2002 disaster in the Elbe Region. Summary of the study. Bonn: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V (Lessons learned, 29e), Online verfügbar unter [https://www.dkkv.org/fileadmin/user\\_upload/Veroeffentlichungen/Publikationen/DKKV\\_29\\_Lessons\\_Learned\\_Kurzfassung.pdf](https://www.dkkv.org/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Publikationen/DKKV_29_Lessons_Learned_Kurzfassung.pdf) zuletzt geprüft am 03.07.2022.

Eller, Klaas Hendrik: Grundrechte im Katastrophenschutz. Online verfügbar unter [fzk.rewi.hu-berlin.de](https://fzk.rewi.hu-berlin.de), zuletzt geprüft am 03.07.2022.

Gusy, Christoph (2021): Stellungnahme zur Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages vom 12.04.2021, zuletzt geprüft am 03.07.2022.

Meadows, Dennis L.; Meadows, Donella H.; Zahn, Erich; Milling, Peter (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verl.-Anst (dva informativ, 1).

Voss, Martin (2021): Lessons to learn. Zustand und Zukunft des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Online verfügbar unter [https://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/Voss\\_2021\\_Lessons-to-Learn-Zustand-und-Zukunft-des-Bevoelkerungsschutzes-in-Deutschland-vor-dem-Hintergrund-der-Corona-Pandemie.pdf](https://www.polsoz.fu-berlin.de/ethnologie/forschung/arbeitsstellen/katastrophenforschung/publikationen/Voss_2021_Lessons-to-Learn-Zustand-und-Zukunft-des-Bevoelkerungsschutzes-in-Deutschland-vor-dem-Hintergrund-der-Corona-Pandemie.pdf).



Voss, Martin (2022a): Institutionelles Risikomanagement. In: *Bundeszentrale für politische Bildung - Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 19–25. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/risikokompetenz-2022/508884/institutionelles-risikomanagement/>, zuletzt geprüft am 03.07.2022.

Voss, Martin (2022b): Krisenmanagement in Deutschland - Kompetenz für Katastrophen. In: *Die ZEIT* 2022, 05.05.2022 (19), S. 42. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2022/19/krisenmanagement-corona-hochwasser-wissenschaft-politik>.